

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4501

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4501



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 8. 10. 2023

Inhalt

Unsere Jugend fördern – aber wie?	2
5. Oktober 2023, Marianne Wüthrich	2
Die woke Cancel-Culture lähmt den Fortschritt, schläfert Schüler ein und macht den Lehrberuf madig	4
NZZ, 15. September 2023, Schweiz, Gern Dönni	4
Wenn private Lernstudios boomen	6
Journal21, 23. September 2023, Carl Bossard	6
Leutenegger: «Primarschüler unter Druck, ins Gymi zu gehen»	8
20Minuten, 29 September 2023, Claudia Blumer	8
«Das Potenzial junger Männer wird oft vergeudet»	9
Weltwoche, 23. September 2023, Interview mit Rudolf Strahm von Marcel Odermatt	9
Inklusive Schule und die Demokratie	11
NZZ, 22. September 2023, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Christoph Suter	11
«Inklusive Schule und die Demokratie»	12
NZZ, 29. September 2023, Meinung & Debatte, Leserbriefe von Max Knöpfel und Eliane Perret ..	12
Wiedereinführung von Kleinklassen	13
NZZ, 25. September 2023, Meinung & Debatte, Leserbrief	13
«Die inklusive Schule ist ein Menschenrecht»	14
Nebenspalter, 28. September 2023, Daniel Wahl	14
Kommentare	16
Mehr Feder und Bleistift statt Tablet.....	17
ORF.at, News, https://orf.at/stories/3330743/ , 12. September 2023.....	17
Handyverbot an britischen Schulen.....	18
Tages-Anzeiger, 3. Oktober 2023, Kehrseite	18
Die Schule braucht eine digitale Verzichtskultur	18
NZZ, 28. September 2023, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Christian Montag und Klaus Zierer	18
Veranstaltungshinweise	20
Die Lehrerin, der Lehrer – Zentraler Faktor eines erfolgreichen Unterrichts.....	20
Starke Volksschule Zürich, 6. November 2023, 19 Uhr.....	20
Geschichte – ein Schulfach unter Druck.....	21
Starke Volksschule St. Gallen, 16. November 2023, 19 Uhr.....	21
Welche Schule brauchen wir.....	21
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 29. Nov. 2023, 18.30 – 20.30	21



Unsere Jugend fördern – aber wie?

5. Oktober 2023, Marianne Wüthrich

Zum Einstieg ein munterer Aufsteller: Plädoyer eines Gymi-Lehrers am Kollegium Spiritus Sanctus in Brig für eine Schweiz der vielfältigen Kulturen und Meinungen, zu der eine intolerante und humorlose «woke Cancel Culture» ganz einfach nicht passt. Ein Text zum Geniessen und Schmunzeln.

Dauerbrenner «Berufslehre oder Gymnasium?»

Filippo Leutenegger, Zürcher Stadtrat und Schulvorstand, zielt mit seinem wilden Befreiungsschlag zugunsten der Berufslehre leider ziemlich daneben. Laut «20 Minuten» will er die Berufslehre und die Sekundarschule durch die Abschaffung des Langzeit-Gymnasiums aufwerten. Er möchte erreichen, dass alle Jugendlichen in der Sek die Gelegenheit hätten, Schnupperlehren zu machen. Als zusätzliches Zückerli schlägt Leutenegger acht Wochen Ferien für Lehrlinge vor. Eine Jekami-Wunschliste, für die der Zürcher Stadtrat gar nicht zuständig ist und die zudem weit an der Wirklichkeit vorbeizieht.

Vielleicht sollten die Damen und Herren unserer Bildungsbehörden unsere Newsletters lesen. Sie könnten zum Beispiel von Carl Bossard erfahren, warum viele Eltern ihre Kinder so früh wie möglich aus der Volksschule herausnehmen wollen und warum Nachhilfe- und Gymi-Vorbereitungskurse boomen. Die Antwort ist ganz einfach und doch ein Hammer. Eltern, die miterleben, dass ihre Tochter oder ihr Sohn die unerlässlichen schulischen Grundlagen in der Primarschule nicht lernen, wollen in der Regel nicht weitere drei Jahre zuschauen und abwarten, sondern handeln lieber schon heute. Lesen Sie selbst – Carl Bossards engagierte Schilderung geht einem unter die Haut. Am schlimmsten ist seine Erinnerung daran, dass die Chancengleichheit, der Urgrund der Schweizer Volksschulen, immer mehr an Boden verliert.

Aus einem anderen Blickwinkel geht der Wirtschaftsexperte Rudolf Strahm an die Frage «Berufslehre oder Gymnasium» heran. Er befasst sich mit dem Fachkräftemangel, den er nicht nur bei akademischen Berufen, sondern besonders auch bei Absolventen einer höheren Berufsbildung verortet. Interessant sind auch die kritischen Bemerkungen des früheren SP-Politikers zur Personenfreizügigkeit mit der EU, die zwar über den Themenbereich unseres Newsletters hinausgehen, aber trotzdem lesenswert sind.

Inklusive Schule und Förderklassen: Eine vertiefte Lehrerbildung tut not

Im Kanton Zürich steht eine Volksinitiative kurz vor der Lancierung, die allen Kindern bei Bedarf den Zugang zu heilpädagogisch geführten Förderklassen ermöglichen will. Dabei soll die Durchlässigkeit zwischen Förderklassen und Regelklassen gewährleistet sein, und die Klassen sollen möglichst im selben Schulhaus untergebracht werden. Im Zusammenhang damit sind mehrere Beiträge und Leserbriefe erschienen.

Ein Bravo! gebührt den beharrlichen Leserbriefschreibern wie Hans-Peter Köhli und Max Knöpfel, die seit langem die Wiedereinführung von Kleinklassen fordern. Ihnen geht es nicht darum, «störende» Kinder zu separieren, sondern im Gegenteil, allen Kindern die ihnen zustehende Bildung zu ermöglichen. Christoph Suter von der Zürcher Hochschule für Heilpädagogik vertritt dagegen die Ansicht, die gelingende Integration in der Regelklasse sei für alle Kinder am vorteilhaftesten und bereite sie auf eine Zukunft in einer demokratischen Gesellschaft am besten vor. Leserbriefschreiberin Eliane Perret hält die Idee der Integration aller Kinder in die Regelklassen grundsätzlich für richtig, weist aber darauf hin, dass es mit den heutigen individualisierenden Lehrmethoden nicht möglich ist, allen Kindern gerecht zu werden. Dies kann nur gelingen, wenn die Lehrerin ihre Klasse beim gemeinsamen Erarbeiten und Vertiefen des Lernstoffes anleiten und eine Klassengemeinschaft schaffen kann.



Die Crux liegt vor allem bei der heutigen Lehrerbildung: Zum Coach und Klassenmanager ausgebildete Lehrkräfte können die pädagogischen Herausforderungen im Klassenzimmer nicht bewältigen. Sowohl Integrationsklassen als auch kleine Förderklassen benötigen pädagogisch beziehungsweise heilpädagogisch gründlich ausgebildete Lehrkräfte, die gelernt haben zu unterrichten und ihre Schüler einfühlsam ins Lernen einzuführen. Weder die Pädagogischen Hochschulen noch die Hochschulen für Heilpädagogik legen heute die pädagogischen, psychologischen und didaktischen Grundlagen dafür. Dies ist die nächste Riesenbaustelle, die es anzugehen gilt.

Menschenrecht auf gleiche Bildungschancen: Was bedeutet das?

Wieder einmal behauptet ein Vertreter einer Behindertenorganisation: «Die inklusive Schule ist ein Menschenrecht». Nebelspalter-Redaktor Daniel Wahl setzt dem Geschäftsleiter von agile.ch, Raphaël de Riedmatten, entgegen, dass die UNO-Behindertenrechtskonvention keine Inklusion aller Kinder im selben Raum vorschreibt, sondern die Förderung der einzelnen Kinder ihren Bedürfnissen entsprechend. De Riedmatten beharrt darauf, dass «Kinder mit Behinderungen im falschen Setting sind – in Sonderklassen und vor allem in Bildungseinrichtungen, die sie ausgrenzen.» Heute hören wir allerdings immer häufiger von Schülern mit Behinderungen, die sich gerade in der Regelklasse nicht dazugehörig fühlen, weil dort kein Klassenunterricht stattfindet, in dem sie sich einbringen und mit ihren Mitschülern gemeinsam lernen können.

Zahlreiche Menschen, die er kenne, so de Riedmatten, hätten wegen ihrer Einweisung in eine Sonderschule nie eine Chance gehabt zur beruflichen Eingliederung. Meine eigenen Erinnerungen gehen zurück auf frühere Lehrerinnen der Sonderklassen A, wo Schulanfänger unter geduldiger und fachkundiger Anleitung den Erstklassstoff in zwei Jahren erarbeitet haben: Praktisch alle Kinder konnten danach in die zweite Regelklasse übertreten und die Schule erfolgreich durchlaufen. Ohne die Sonderklasse A hätten viele der Kinder vermutlich bereits am Beginn ihrer Schulzeit den Anschluss verpasst und nie eine Chance im Berufsleben erhalten.

Bei der Lektüre des immer wieder angeführten Artikels 24 des «Übereinkommens der UNO über die Rechte von Menschen mit Behinderungen» kann ich keine Verpflichtung der Vertragsstaaten zur Schulung aller Kinder im selben Raum erkennen. Ziel der Bildung für alle muss vielmehr sein, dass jedes die Chance zu einer seiner Persönlichkeit entsprechenden optimalen Bildung hat und gleichzeitig den Kontakt zu seinen gleichaltrigen Gspänli behalten kann. Überzeugen Sie sich selbst: Den ganzen Artikel 24 finden Sie [hier](#)

«Mehr Feder und Bleistift statt Tablet»

Es folgt ein ermutigender Bericht aus Schweden, wo die Bildungsministerin gemerkt hat, dass die Kinder in der Volksschule Bücher lesen und von Hand schreiben sollten, damit die zunehmende Leseschwäche gestoppt werden kann. Denn siehe da, ein angesehenes schwedisches Forschungsinstitut hat entdeckt, dass «digitale Geräte ... das Lernen der Schüler eher einschränken statt fördern», und es rät, «Wissensaneignung solle daher besser durch gedruckte Schulbücher und die Expertise der Lehrerinnen und Lehrer erfolgen». Wenn auch sogleich «Warnungen» aus der IT-Lobby laut werden – lassen wir unsere Jugend wieder lesen und schreiben lernen!

Eine brandaktuelle Kurzmeldung im Tagi berichtet vom Handyverbot in den Schulen Manchesters. In einem sehr zu empfehlenden NZZ-Artikel zur «digitalen Verzichtskultur» nennen die beiden Experten Christian Montag und Klaus Zierer eine ganze Reihe Argumente für ein Handyverbot, weisen aber auch auf den sinnvollen Gebrauch digitaler Geräte im Unterricht hin. Für uns Erwachsene – nicht nur die Lehrer, sondern auch die Eltern – stellt sich dabei die wesentliche Frage, was wir unseren Kindern sonst anzubieten haben. «Stattdessen ist ein Raus in die Natur, Spiel und Sport in der Mannschaft, handgemachte Musik und Kunst, Diskussionen und Theater, Handwerk und Gartenarbeit wichtiger denn je», so die beiden Autoren.

Recht haben sie, aber übernehmen wir Erwachsenen unseren Teil bei diesem Programm? Erinnern Sie sich an die Plakataktion vor einigen Jahren irgendwo in Deutschland: «Heute schon mit Ihrem Kind gesprochen?» Das kommt mir jedes Mal in den Sinn, wenn ich eine Mutter mit dem Jüngsten



im Kinderwagen und dem älteren Kind daneben sehe, die auf ihrem Smartphone herunklickt oder lange Telefonate führt. Das Schlimme daran: Oft sieht man es den Kindern an, dass sie den Zustand des fehlenden zwischenmenschlichen Austausches bereits gewohnt sind. Sie versuchen nicht einmal mehr, die Aufmerksamkeit der Mutter oder des Vaters zu bekommen. Oder, noch schlimmer, sie werden bereits im Kinderwagen mit einem Kinderprogramm auf dem Handy beschäftigt. Tatsache bleibt: Die beste Prävention gegen das Versinken im digitalen Rausch ist das Vorbild der Eltern und Lehrer. Es braucht keine grossen Events, sondern einfach den Einbezug der Kinder in den Alltag der Mutter, oder des Grossvaters, oder der Leiterin der Spielgruppe, oder wer auch immer mit dem Kind den Tag verbringt. Beim Reden über das Kuchenbacken oder Einkaufen oder beim Beobachten einer Schnecke oder eines Vogelhäuschens erwacht nicht nur das Interesse an der Umwelt, sondern auch der Wortschatz entwickelt sich rasant. Das muss nicht einmal in deutscher Sprache sein: Eine gute Sprachbildung in einer anderen Muttersprache bildet das Fundament auch für die deutsche Sprache.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre

Marianne Wüthrich

Die woke Cancel-Culture lähmt den Fortschritt, schläfert Schüler ein und macht den Lehrberuf madig

NZZ, 15. September 2023, Schweiz, Gern Dönni

Gerd Dönni unterrichtet seit 1991 im Wallis und findet die Schweizer Traditionen kunterbunter als jeden Regenbogen

Bundesrat Ogis Französisch: charmant und authentisch, Bundesrätin Amherds Ausführungen in Hochdeutsch: autochthon wie Walliser Weisswein. Und doch freue ich mich als Englischlehrer, dass Joel, geboren und aufgewachsen in Zermatt, mit einem fast perfekten Cockney-Akzent parliert und Sara, aus einem anderen Walliser Seitental mit langem Zufahrtsweg, Amerikanisch mit «blaccent» redet, als lebte sie in der Bronx. Besorgten Eltern sei gesagt, dass Netflix-Serien und Gaming, in Massen konsumiert, erfreuliche Nebenwirkungen haben können.

Das Niveau, das viele Schüler, nicht nur des Kollegiums Brig, gerade im Fach Englisch erreichen, ist phantastisch. Freilich, dürfen Sara und Joel in der politisch korrekten Schweiz so klingen? War da nicht einmal ein Konzert, das abgesagt wurde, weil sich Schweizer erdreisteten, Rastalocken zu tragen? Ein unerhörtes Vergehen, im Katechismus der Postmoderne als kulturelle Aneignung gebrandmarkt und aufgeführt unter den himmelschreienden Sünden. Somit, Joel und Sara, muss ich als Lehrer eingreifen und euch auf bundesrätliche Aussprache trimmen, da es nicht angeht, dass ihr als privilegierte Schweizer den Akzent unterdrückter Minderheiten annehmt.

Absurd? Klar!

Nun unterrichtet Sara und Joel kein gewokter Jungspund, sondern ein alter, weisser Mann (huch!), ein Relikt aus der Zeit, als man schwarze Tafeln noch mit weisser Kreide beschrieb und sich nichts Politisches dabei dachte – Kreidezeit eben. Auch nach 32 Jahren im Beruf betrete ich mit sehr viel Freude jeden Morgen mein Zimmer (meistens finde ich es), und das an einer tollen Schule, die nicht trotz, sondern wegen 360 Jahren Geschichte und Tradition jung und dynamisch geblieben ist. Die Jugendlichen unseres Kollegiums sind offen, interessiert, verspielt, unbekümmert.

Der Geist des heiligen Augustinus

Nein, das Kollegium Brig mit dem bescheidenen Namen Spiritus Sanctus ist kein Paradies von Heiligen, auch hier gibt es rotnäsige Leistungsflüchtlinge, maulige Teenager, vorlaute Bengels und



freche Gören. Aber gerade dadurch ergeben sich die vielen erfrischenden Debatten der Jugendlichen, geführt in gegenseitigem Respekt, in denen alle Meinungen im gesetzlichen Rahmen gesagt werden dürfen, ohne dass der andere als Mensch niedergeknüppelt wird.

Sie leben vielleicht noch den Geist des heiligen Augustinus, der dazu ermunterte, den Irrtum zu töten, den Irrenden aber zu lieben. Sollte die Diskussion einmal doch schleppend sein, so brauche ich nur meine stockkonservative Meinung kundzutun, und die Fetzen fliegen – und am Schluss mögen wir uns immer noch und lächeln uns versöhnt an.

Umso grösser meine Bedenken, als ich kürzlich in der «NZZ am Sonntag» einen Artikel las über das Lachverhalten von Gymnasiasten an einer Zürcher Schule. Worüber man vor zwanzig Jahren herzhaft prustete, das scheint nun Schockstarre auszulösen. Humor steht unter Generalverdacht, Lachen wird zum Indiz, xenophob, biphob, ableistophob, fatphob, irgendwasphob zu sein.

Die Zwangsjacke schmallippiger Ideologien wurde schon viel zu oft um Jugendliche gezurrt. Bitte keine neue Inquisition im Schulzimmer, sogar wir traditionsbewussten Katholiken haben die Scheiterhaufen abgeschafft. Auch das Stresslevel vieler Lehrpersonen bewegt sich im tiefroten Bereich, insbesondere die Newcomer, an den Unis auf Political Correctness getrimmt, erfahren das Schulzimmer zu oft als Ort gequälten Eiertanzes oder gar als wokes Minenfeld.

Was darf man überhaupt noch sagen, ohne dass die Übersensiblen den Unerleuchteten umstellen wie eine Meute Wölfe ein Walliser Schaf und die Leserbriefspalten vor Empörung zu dampfen beginnen? Lehrer sein ist, auch und gerade zu Beginn, aufreibend genug. Da braucht es nicht noch Wokeismus als dräuendes Damoklesschwert, das am Gender-Sternchen-Faden über dem Lehrerpult baumelt.

Schule braucht Konsens, Kompromiss, Ausgleich, Verständnis und Wohlwollen (und gut sind wir in der Schweiz damit gefahren), keine giftelnde Gehässigkeit, keine sprungbereite Feindseligkeit, kein schrilles Denunzieren. Entstanden aus edlen Motiven und guten Gründen – Kampf gegen Diskriminierung und Herabsetzung des Anderen –, ist Wokeness zu Wokeismus mutiert, der wie alle Ideologien totalitär, eifernd, intolerant und – das Schlimmste – völlig humorlos ist. Je mehr wir unsere Schüler gängeln und je länger der Index der verbotenen Bücher, Ideen, sogar Wörter wird, umso stickiger, langweiliger, öder und banaler wird das Klima an einer Schule.

Athen, nicht Sparta

Athen hat unsere Kultur geprägt mit Philosophie und Offenheit, nicht Sparta mit Gleichschritt und Zwang. Ja, Amerika ist Stoff für eine Tragikomödie mit einem Irren und einem Senilen als Protagonisten, aber wer möchte nicht lieber dort leben als in Russland oder China? Am liebsten aber lebe ich in der Schweiz, diesem wunderbaren Land, klein, manchmal kleinkariert, sauber, manchmal bünzlig, neutral, manchmal feige, vor allem aber ein bunter Haufen von Kantonen, Sprachen, Religionen, Überzeugungen.

Die woke Cancel-Culture lähmt Fortschritt und Entwicklung, schläfert Schüler ein und macht den Lehrberuf madig. Bleiben wir die Schweiz, die in ihren Traditionen und ihrer Vielfalt kunterbunter ist als jeder Regenbogen. In dieser schillernden Schweiz muss es Platz haben für woke Veganer genauso wie für urige Sennen in Rastalocken, Kids, die Indianerlis spielen, Lehrer, die nicht gendern und, natürlich, für Cockney-Joel und Bronx-Sara.

Gerd Dönni unterrichtet am Kollegium Spiritus Sanctus Brig Latein, Englisch und Geschichte. Unter seinen ehemaligen Schülern findet sich vom SVP-Nationalrat über den Mitte-Fraktionschef des Grossrates bis zum Grünen-Kantonalpräsidenten und der queeren Aktivistin alles.



Wenn private Lernstudios boomen

Journal21, 23. September 2023, Carl Bossard

Die Bildungspolitik will es nicht wahrhaben: Die öffentliche Schule hat sich zu viel zugemutet. Für manche Kinder kommt sie ihrer ureigenen Aufgabe nicht nach; sie wird ihnen schlicht nicht gerecht. Die Folge: Private springen in die Lücke. Das gefährdet die Chancengleichheit.

Die Stimmen häufen sich: Lehrerinnen und Lehrer wie Eltern klagen über den aktuellen Zustand der Volksschule. Wie und wo der Schuh drückt – und zwar intensiv –, das zeigte sich bei einem öffentlichen Podium «Lehrerinnen- und Lehrermangel» in Schwyz.¹ Das Interesse war gross und die Debatte intensiv. In der engagierten Diskussion fielen deutliche und klare Voten: zu wenig Zeit für die elementaren Basisfächer Deutsch und Rechnen, kaum mehr Raum zum Üben und Korrigieren, zu viel Unruhe im Schulzimmer als Folge der verstärkten Integration.²

Dazu kommen zeitraubende Koordinationsaufgaben für die Zusatzkräfte im Unterricht und viel zu viel Bürokratie wegen der vielen Vorgaben und Vorschriften. Ob Schwyz überall ist, lässt sich nicht sagen. Aber eines wurde deutlich: Muss die Schule alles tun, tut sie nichts mehr richtig: Sie entgrenzt sich inhaltlich. Der Basler Bildungsdirektor Conradin Cramer drückt es so aus: «Wenn Lehrer nicht mehr wirksam unterrichten können, ist das ein Alarmzeichen.»³ Und die Menetekel mehren sich.

Boomende private Lerninstitute

Wer als Eltern diesen Risiken ausweichen will, sucht für seine Kinder heute nicht selten einen externen Lerncoach. Aufgabenhilfe und Zusatzunterricht boomen – vor allem in den städtischen Gebieten.⁴ Auch in ländlichen Regionen wachsen die Angebote, zeitlich allerdings etwas verzögert. Das Lern- und Coachingcenter «fit4school» beispielsweise bietet schulergänzende Lernunterstützung und Nachhilfe an 27 Orten der Schweiz an. Die Nachfrage ist gross. In der Stadt Bern verdoppelten sich die Anmeldezahlen seit dem Start im April dieses Jahres im Monatstakt.

Warum dieser Boom? Lernforscherinnen und Bildungsfachleute diagnostizieren, dass selbst intelligente Kinder am Ende der Primarschule in den Grundfertigkeiten des Rechnens und Schreibens oft grosse Lücken aufweisen. Hier liegt mit ein Grund für diesen exponentiellen Anstieg schulexterner Anbieter. Und noch etwas zeigt sich: Wenn Schülerinnen und Schüler diese Grundlagen beherrschen, stehen nicht selten engagierte Eltern oder private Nachhilfeinstitute dahinter.

Eine Google-Recherche zu den Stichworten «Nachhilfe, Gympi-Vorbereitung, Zürich» ergibt eine lange Liste von Angeboten – vom Schwarz- und Graumarkt für Zusatzlektionen nicht zu reden. Die Nachfrage muss gross sein, sonst gäbe es diesen Markt nicht.

Die Chancengleichheit ist gefährdet

Diese Zahlen sind öffentlich: Doch niemand aus der Bildungspolitik und der Bildungsverwaltung hält dagegen. So etwas verwundert und ärgert zugleich. Das verstösst gegen *einelementares* Prinzip unserer Gesellschaft: die Chancengleichheit! Hier liegt das Problem. Es ist ein systemisches Problem. Eine solche Situation dürfte es eigentlich gar nicht geben. Die Fakten aber sprechen eine andere Sprache.

Wo liegen die Gründe? Die Volksschule hat in den letzten Jahren viele neue Aufgaben übernommen, vermutlich zu viele. Sie muss integrieren und individualisieren, sozialisieren und kultivieren,

¹ «Der Zustand der Volksschule wurde stark kritisiert». In: Bote der Urschweiz, 08.09.2023, S. 8.

² Vgl. den aufrüttelnden Bericht: <https://www.srf.ch/play/tv/reporter/video/integrative-schule---lehrpersonen-stossen-an-ihre-grenzen?urn=urn:srf:video:5c09dab8-dbfa-4ca4-ad94-23406ab704e4>

³ Sebastian Briellmann, Conradin Cramer zur integrativen Schule: «Wir müssen handeln. Und zwar schnell». In: Basler Zeitung, 19.09.2023

⁴ Mirjam Comtesse: Überforderte Jugendliche. Eltern schicken ihre Kids zum Lerncoach. In: Berner Zeitung, 20.09.2023.



Frühenglisch und Mittelfrühfranzösisch lehren, die hochdeutsche Sprache schulen und mathematisches Können entwickeln. Sie soll in Themen von Natur, Mensch und Gesellschaft einführen, Musisches und Kreatives fördern, ethisches Verhalten bestärken und die Kinder zur Freude an der Bewegung ermutigen – und überdies das Lernen trainieren.

Alles wird wichtig. Wen wundert's da nicht, wenn die Lehrpläne dichter und die Lehrmittel dicker werden? Doch wenn Prioritäten fehlen und das Wichtige nicht mehr vom Unwichtigen geschieden wird, verliert alles an Bedeutung.

Die Schule hat sich inhaltlich entgrenzt

Manches ist dazu gekommen – weggenommen wurde kaum etwas. Die Folgen sind spürbar: Druck und Hektik steigen, Verweilen und Vertiefen nehmen ab; beides aber braucht es fürs Verstehen einer «Sache». Viele Dinge werden nur noch flüchtig gestreift. Inhalte lösen einander schnell ab. Sie prägen sich nicht tief ein, werden kaum Erfahrung und bleiben Bruchstück. Fürs notwendige Üben und Automatisieren bleibt kaum Zeit. Unfertiges wird so zum Dauerzustand.

Mit anderen Worten: Zu vieles muss heute in zu kurzer Zeit erarbeitet werden – und zwar von den Kindern selber. Eigenverantwortet und selbstgesteuert. Lernschwächere und mittelmässige Schüler sind benachteiligt. Das wissen wir aus der Forschung. Das Viele reduziert die systematische Übungszeit. Um etwas ins Langzeitgedächtnis zu bringen und zu automatisieren, braucht der Mensch sechs bis acht Wiederholungen. Der Moment des Vergessens beginnt im Moment des Merkens. Wiederholen, Vertiefen und Anwenden sind für einen lernwirksamen Unterricht unabdingbar. Das gilt – so antiquiert es klingt – besonders für die Grundfertigkeiten Rechnen, Lesen und fehlerfreies, kohärentes Schreiben: Je mehr wir etwas im täglichen Leben und unter Druck brauchen, desto intensiver müssen wir es trainieren. Diese Zeit fehlt oft.

Eltern wollen nicht als Bildungsverlierer dastehen

Darum haben viele Eltern das Gefühl: Mein Kind kommt nicht voran. Es wird wohl aktiviert, doch es lernt zu wenig und das Erarbeitete bleibt an der Oberfläche. Abends müssen wir mit Nachhilfe vertiefen. Die Eltern wollen nicht als Verlierer der Bildungsreformen dastehen. Im Gegenteil: Die Kinder sollen die sozioökonomische Position ihrer Herkunft zumindest halten. Statusängste sind in erster Linie Zukunftsängste.⁵ Darum erwarten sie für ihr Kind eine solide Schulbildung. Diese Erwartungssicherheit schmilzt.

Das trägt mit zum Boom privater Lerninstitute bei. Gratis sind diese Zusatzkurse und Nachhilfestunden nicht. Eltern greifen zum Teil tief in die Taschen. Doch dieses Zusätzliche können sich nicht alle leisten. Das widerspricht der Idee der gemeinsamen Volksschule und gefährdet die Chancengleichheit nicht nur unter Schülerinnen und Schülern, sondern auch unter den verschiedenen Familien.

Private Bildung als lukratives Geschäftsmodell

Das öffentliche Bildungssystem muss lernleistungsfähig bleiben. Nur das verhindert den leisen Exodus von Kindern in die Privatschule und den weiteren Anstieg schulexterner Lernhilfen. Not tut eine Rückkehr zum Eigentlichen und Wesentlichen, eine Besinnung auf den Kernauftrag der Schule. Dazu zählt eine ruhige und konzentrierte Atmosphäre des Lernens, dazu gehört intensives Üben, das setzt eine systematisch genutzte Lernzeit voraus – alles Kennzeichen einer Schule mit hoher Lernwirksamkeit. Mit genau diesen Attributen aber werben private Anbieter. Und sie stossen bei vielen Eltern auf offene Ohren. Private Bildung wird heute zu einem interessanten Investitionsfeld und darum auch zu einem lukrativen Geschäftsmodell.

⁵ Heinz Bude: Bildungsparanik. Was unsere Gesellschaft spaltet. München: Carl Hanser Verlag, 2011, S. 97.



Die Signale ernst nehmen

Bildungspolitik und Bildungsverwaltung stehen in der Pflicht. Lange, allzu lange haben sie über die Sorgen und Nöte der Lehrpersonen im pädagogischen Alltag hinweggesehen. Boomende Lerninstitute sind ein deutliches Warnsignal. Das Portemonnaie darf nicht über die Bildung der Kinder entscheiden. Zu hoffen ist, dass die Bildungskarawane nicht einfach weiterzieht und die Stimmen der Basis negiert. Leidtragende sind die Kinder.

Leutenegger: «Primarschüler unter Druck, ins Gymi zu gehen»

20Minuten, 29 September 2023, Claudia Blumer

ZÜRICH Der Zürcher FDP-Stadtrat Filippo Leutenegger will mehr Ferien für Lehrlinge.

Der Gymi-Druck sei heute zu gross, sagt der Zürcher Schulvorsteher Filippo Leutenegger. Das Langgymnasium solle abgeschafft werden, damit alle Schüler zuerst die Sekundarschule besuchen und sich beim Schnuppern mehr Perspektiven verschaffen. Im Interview erklärt er seine Vision für eine Aufwertung der Berufslehre.

Herr Leutenegger, sie wollen den Run auf das Gymnasium stoppen. wieso?

Das Problem ist, dass Primarschüler enorm unter Druck sind, weil viele Eltern glauben, dass ihr Kind nach der sechsten Primarklasse unbedingt ins Gymnasium wechseln muss.

Wie wollen sie Druck von den Kindern nehmen?

Das Langzeitgymnasium betrachte ich als eine Fehlkonstruktion. Diejenigen, die ins Gymnasium wollen, können dies sehr gut nach der zweiten oder dritten Sek im Kurzzeitgymi machen. Es zeigt sich, dass der Wunsch nach einem Übertritt ins Gymnasium bei 15- oder 16-Jährigen eher von den Jugendlichen selbst kommt, bei Zehn- oder Elfjährigen ist dieser Wunsch oft von den Eltern getrieben.

Ist es schlimmer geworden mit dem Elterndruck?

Der Wunsch, bereits nach der Primarschule ins Gymi zu wechseln, hat zugenommen. Die überwiegende Mehrheit der heutigen Gymnasiasten kam direkt aus der Primarschule. In gewissen Quartieren mit hoher Gymiquote ist der Druck besonders gross. Wer in die Sek geht, gilt dort schon fast als Loser.

Kann man das Langzeitgymnasium einfach abschaffen?

Die Kompetenz liegt beim Kanton. Die Mehrheit der Deutschschweizer Kantone betreibt übrigens Kurzzeitgymnasien. Das tut dem Bildungssystem keinen Abbruch, im Gegenteil. Sekundarschule und Berufslehre werden aufgewertet.

Wie aufgewertet?

Indem Schüler vor dem Gymi noch zwei oder drei Jahre die Sek besuchen, bekommt diese einen höheren Stellenwert. In der Sek kommen alle Schüler mit diversen Berufen in Kontakt, erhalten Einblick in die Berufswelt. Daneben könnten die Lehren aufgewertet und die Ferien für Lernende auf bis zu acht Wochen erhöht werden.

Acht Wochen? Der Nationalrat lehnte kürzlich sogar sechs Wochen Ferien für Lehrlinge ab – die FDP stimmte geschlossen dagegen.

Schüler haben 13 Wochen Ferien, Lernende nur fünf. Das ist ein grosser Unterschied. Mit einer moderaten Erhöhung von fünf auf acht Wochen können wir das Gefälle abfedern. Ich kenne mehrere Jugendliche, die sich wegen der knappen Ferien gegen eine Lehre und für eine weiterführende Schule entschieden haben.



Sollen mehr Junge eine Lehre statt Matura machen?

Wir brauchen beides. Aber die Lehre muss gestärkt werden. Eine Berufslehre ist die beste Absicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit.

«Das Potenzial junger Männer wird oft vergeudet»

Weltwoche, 23. September 2023, Interview mit Rudolf Strahm von Marcel Odermatt

Der Fachkräftemangel sei hausgemacht, sagt der frühere SP-Nationalrat Rudolf Strahm. Schweizer Unternehmen könnten zu einfach Leute aus dem Ausland rekrutieren. Diese Politik sei ein Irrweg: Die starke Zuwanderung erzeuge noch mehr Zuwanderungsbedarf

Weltwoche: Herr Strahm, Wirtschaft und Politik beklagen sich ständig über den wachsenden Fachkräftemangel. Er wird als Rechtfertigung für die immer grösser werdende Zuwanderung benutzt. Haben diese Kreise recht?

Rudolf Strahm: Nein, die Realität sieht anders aus: Die Schweizer Wirtschaft hat nicht einen generellen Akademikermangel. Wir haben aber einen ausgeprägten Mangel an Fachkräften in Mint-Berufen, das heisst bei Uni- und Fachhochschulabsolventen der Grundlagenfächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Einen weiteren Fachkräftemangel gibt es bei Ärzten und in Medizinberufen, zum Beispiel bei Pflegefachpersonen. Statistisch am häufigsten fehlen aber jene Fachkräfte und mittleren Kader, die zunächst eine Berufslehre und später berufsbegleitend eine höhere Berufsbildung absolviert haben.

Weltwoche: Dann ist der Fachkräftemangel hausgemacht?

Strahm: Ja, das ist er: Der Ärztemangel ist selbst verursacht durch den Numerus clausus beim Medizinstudium. Mit der Maturitätsordnung 1995 wurden die Sprachfächer aufgewertet und im Notenmix stärker gewichtet als die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer. Junge Männer mit guten mathematischen Grundkompetenzen schaffen oft den Zugang ins Gymnasium nicht, wenn sie Probleme mit den Fremdsprachen haben. 30 Prozent der heute Sechzehnjährigen haben einen Migrationshintergrund. Sie haben bei diesen Fächern einen automatischen Nachteil. Ihr Potenzial wird oft vergeudet. Der Fächermix und die Fächergewichtung im Gymnasium wirken sich auf die spätere Studienwahl aus und verschärfen den Fachkräftemangel. Wir haben dies in unserem neuen Buch «Karriere mit Berufsbildung» deutlich belegt.

Weltwoche: Trotzdem wollen viele Eltern um jeden Preis dafür sorgen, dass ihre Kinder ans Gymnasium gehen.

Strahm: Es hat sich ein eigentlicher standespolitischer Kulturkampf der akademischen Elite entwickelt. Die Weichenstellung «Gymnasium oder Berufslehre» wird geografisch durch den Stadt-Land-Graben sowie den sozialen Status der Eltern bestimmt. In ländlichen Gegenden werden Berufslehre und Gymnasium gleichwertig eingeschätzt. Heute machen im Kanton Genf dreimal so viele Jugendliche eine gymnasiale Maturität wie im Kanton Glarus. Es wird niemand behaupten, am Genfersee sei man zwei- oder dreimal intelligenter als in der Zentral- und Ostschweiz. Der aktuelle Hotspot der bildungspolitischen Kampfsituation ist der Kanton Zürich. Gutbetuchte Eltern schicken ihre Söhne oder Töchter zur Prüfungsvorbereitung in Privatstunden, in denen sie auf die Gymnasiumszugangsprüfung getrimmt werden. Das Motto «Mehr Finanzen – mehr Bildungserfolg» macht die Bildungsselektion zu einer sozialen Klassenfrage.

Weltwoche: Ausländische Eltern kennen das Berufssystem nicht.

Strahm: Das ist tatsächlich ein Problem. Ausländische Eltern und Expats, die das schweizerische durchlässige Bildungssystem nicht kennen, drängen auf mehr Gymnasiumsplätze. Die Folgen sieht man in Zürich. Rund um den Zürichsee werden aufgrund dieses Drucks neue Kantonsschulen errichtet.



Weltwoche: Sind wir im Begriff, das duale Bildungssystem kaputtzumachen?

Strahm: Überall, wo die Berufslehre stark zurückgedrängt wird, gerät sie in ein soziales Stigma. Sie gilt dann als Bildungsgang für Schwächere, für Zurückgebliebene, für die Unterschichtenjugend. Hier muss man dagegenhalten. Vor allem die KMU-Wirtschaft müsste dabei mithelfen.

Weltwoche: Aber wie?

Strahm: Es braucht mehr Aufklärung über den heutigen Arbeitsmarktbedarf. Heute sind die begehrtesten Fachkräfte im Arbeitsmarkt jene Leute, die eine Berufslehre und später in ihrer Berufskarriere einen zertifizierten eidgenössischen Berufsabschluss einer Höheren Fachschule oder einer eidgenössischen Berufsprüfung oder höheren Fachprüfung (Meisterprüfung) absolviert haben. Auch Fachhochschulabgänger, die in der Regel vorgängig eine Berufslehre abgeschlossen hatten, sind nach dem Studienabschluss rascher im Arbeitsmarkt als Uni-Abgänger. In diesem Sinne hat der Arbeitsmarkt in aller Stille gekehrt.

«Der Ärztemangel ist selbst verursacht durch den Numerus clausus beim Medizinstudium.»

Weltwoche: Lehrlinge arbeiten länger als Studierende und verdienen weniger.

Strahm: Ja, ihre Lebensarbeitszeit ist meistens länger. Die Löhne haben sich jedoch angeglichen. Gerade Fachhochschulabsolventen mit Bachelor-Abschluss können nach dem Studium häufiger und schneller in Führungspositionen avancieren als Universitätsabsolventen mit Master-Abschluss. Dies belegt die BFS-Hochschulabsolventen-Befragung.

Weltwoche: Viele Universitätsabsolventen finden zudem nie eine Tätigkeit, die ihrer Ausbildung entspricht.

Strahm: Das ist ein grosses Problem und erklärt auch teilweise den Fachkräftemangel. An den Schweizer Universitäten belegten 2021/22 über 13.000 Studierende das Hauptfach Psychologie, davon 79 Prozent Frauen. Weiter studierten über 3400 im Hauptfach Geschichte und Kunstgeschichte, über 4000 in Politikwissenschaften und 7000 in den Hochschulen der Künste. Das sind alles interessante Fächer. Aber es können nie alle nach Studienabschluss in ihrem erlernten Beruf eine gewünschte adäquate Stelle finden. Nicht wenige verbleiben im Prekariat. Dahinter steht auch eine Tragik. Insgesamt waren 47.000 Studierende in den Geistes- und Sozialwissenschaften eingetragen – aber nur 33.000 in den exakten und Naturwissenschaften und 21.000 in technischen Wissenschaften. Vom Bedarf auf dem Arbeitsmarkt müsste es genau umgekehrt sein. Nochmals: Ein Hauptgrund für diese Fehlentwicklung ist die sprachlastige Selektion an den Gymnasien und Kantonsschulen.

Weltwoche: Sie haben Jahrgang 1943, sind damit fast noch ein Babyboomer. Diese Generation geht derzeit in grosser Zahl in Pension. Braucht die Schweiz in den nächsten Jahren mehr Migration als heute?

Strahm: Es ist ein Irrweg, zu denken, wir könnten unsere Probleme mit noch mehr Zuwanderung lösen. Wir hatten in den letzten Jahren sehr viele Menschen, die in die Schweiz kamen. Trotzdem haben wir grosse Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt und einen riesigen zusätzlichen Fachkräftemangel. Denn: Zuwanderung erzeugt noch mehr Zuwanderungsbedarf! Wir können nicht steuern, wer aus der EU in die Schweiz einwandert. Die Hälfte ist gut qualifiziert, aber die andere Hälfte ist nicht oder ungenügend ausgebildet. Diese haben entsprechend eine tiefe Produktivität und verursachen hohe Sozialkosten. Sie arbeiten in der Gastroszene, in Dienstbotenjobs, als Haushalthilfen oder im Tourismus – also Branchen mit tiefster Wertschöpfung. Das ist kein nachhaltiges Wachstumsmodell.

Weltwoche: Was wäre Ihr Vorschlag?

Strahm: Wir müssen unsere Hausaufgaben in der Schweiz machen. Ich denke, dass die Erhöhung der Geburtenrate und die Frühförderung etwas hergeben. Das bedingt aber mehr Tagesstrukturen und eine erweiterte und intensivere Kinderbetreuung! Das Erwerbspotenzial bei gutausgebildeten Frauen ist noch nicht ausgeschöpft.



Weltwoche: Sie haben selbst zu zwei Enkelkindern geschaut.

Strahm: (*Lacht*) Ja, ich weiss aus eigener Erfahrung, was nötig ist. Tagesstrukturen und Kindertagesstätten sollten erweitert und von der Öffentlichkeit finanziert werden. Der Freisinn hatte im vorletzten Jahrhundert die unentgeltliche staatliche Schule geschaffen. Konsequenterweise müsste man auch die Vorstufe öffentlich finanzieren. Das läge sehr im Interesse des Arbeitsmarkts.

Weltwoche: Linke sagen, die Schweizer Tiefsteuerepolitik sei ein zentraler Grund, weshalb immer mehr Leute hierherkommen. Teilen Sie diese Analyse?

Strahm: Ja, das ist richtig – aber nur zu 50 Prozent. Die andere Seite der Ursache sind die institutionellen Rahmenbedingungen der Personenfreizügigkeit: Jeder Unternehmer, ob Bauer, Beizer oder Zuhälter, kann im Ausland tiefqualifizierte Arbeitskräfte ohne Bewilligung rekrutieren. Diese Rahmenbedingung ist strukturell der Pull-Faktor für die hohe Zuwanderung. Und noch wichtiger ist dies: Die freie Rekrutierung von Pflegepersonal, Ärzten und Informatikern im Ausland hat jahrelang dazu geführt, dass man zu wenige im Inland ausgebildet und sogar Bildungswillige abgewiesen hat. Die leichte Rekrutierung im Ausland hat in vielen Bereichen die interne Fachkräfteausbildung vernachlässigen lassen! Ich verfolge diese Unterlassung seit langem und habe auch früh darüber geschrieben.

Weltwoche: Sollte man die Personenfreizügigkeit aufkündigen?

Strahm: Zentral ist, dass der Lohnschutz nicht aufgeweicht wird. Der Lohnschutz hat für die SP die gleiche Bedeutung wie für die SPD seinerzeit Hartz IV. Die deutschen Sozialdemokraten hatten wegen Hartz IV bei der Hälfte der Arbeitnehmerschaft ihre Glaubwürdigkeit verloren. Das Gleiche droht uns, wenn wir beim Lohnschutz Konzessionen machen.

Weltwoche: Die Linke wird obsolet, wenn sie sich nicht mehr für die Löhne starkmacht.

Strahm: Ja genau, dann hat die SP ein Problem.

Weltwoche: Wäre es nicht das Einfachste, das Rentenalter zu erhöhen, um den Personalmangel zu beheben?

Strahm: Das können Sie vergessen! In unserer plebiszitären Demokratie ist es nicht möglich, das Referenzrentenalter anzuheben. Das wäre in Deutschland, England oder Frankreich genau gleich. Die generelle Erfahrung und die Überzeugung der Arbeitnehmer sind, dass Menschen über 50 oder 55 Probleme haben, eine feste Anstellung zu finden. Entsprechende Initiativen wie gegenwärtig jene der Jungfreisinnigen sind chancenlos.

Ea Eller, Rudolf H. Strahm, Jörg Wombacher: Karriere mit Berufsbildung. Warum der Arbeitsmarkt Fachkräfte mit Berufslehre am meisten begehrt. Hep-Verlag. 203 S., Fr. 29.–

Inklusive Schule und die Demokratie

NZZ, 22. September 2023, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Christoph Suter

Die Befähigung jedes Kindes zur Ausübung seiner Rechte und Pflichten in einem demokratischen Staat war die Grundidee bei der Einrichtung öffentlicher Schulsysteme in der Schweiz vor rund 200 Jahren. Im Verlauf eines jahrzehntelangen, auch konfliktbehafteten Prozesses wurden Schulstrukturen eingerichtet, die in ihren Grundzügen vielerorts bis heute bestehen. Die Schaffung und Konsolidierung unseres demokratischen Staatswesens im 19. Jahrhundert steht in engem Zusammenhang damit. Wie damals sind auch heute Bildung und Schule immer wieder Gegenstand kontroverser Diskussionen. Derzeit ist es die Konzeption einer inklusiven Schule, die in der öffentlichen und medialen Diskussion vermehrt infrage gestellt wird.

Im Grundsatz bedeutet «inklusive Schule» nicht mehr und nicht weniger, als dass alle Kinder, die in einem Einzugsgebiet wohnen, gemeinsam zur Schule gehen. Dabei sollen sie auf ihre weiteren Lebens- und Bildungswege vorbereitet werden, darüber hinaus aber auch den respektvollen Umgang,



die lösungsorientierte Zusammenarbeit und den konstruktiven Austausch miteinander lernen und üben. Dafür ist es entscheidend, dass alle Kinder mit all ihren Unterschieden und Gemeinsamkeiten miteinander lernen können – sie werden die Herausforderungen in der demokratischen Gesellschaft der Zukunft schliesslich gemeinsam zu meistern haben.

Wenn nun zunehmend der Ruf nach separativen Schulformen laut wird, sollten aus der fachlichen Sicht der Heil- und Sonderpädagogik drei wichtige Tatsachen unbedingt berücksichtigt werden: Erstens zeigen Schulen oder Klassen, die ausserhalb der Regelklassen für bestimmte Gruppen mit festgestellten besonderen Bedürfnissen definiert sind, stets eine Wachstumsdynamik. Dies lässt sich gegenwärtig in mehreren Kantonen beobachten. Zweitens unterscheiden sich Kriterien und Gründe, weshalb ein Kind nicht die Regelklasse besucht, zwischen den Kantonen und Schulgemeinden, ja oft sogar innerhalb einer Gemeinde. Was sich sehr klar zeigt, ist eine erhebliche Überrepräsentation von Kindern aus sozial benachteiligten und fremdsprachigen Familien. Drittens ist für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf die gelingende Integration in der Regelklasse im Hinblick auf ihre Bildungschancen und ihre Lebensperspektiven eindeutig vorteilhafter. Sie bringt keine signifikanten Nachteile für alle Kinder.

Zusammenfassend besteht also das Risiko, dass immer mehr Lernende, die teilweise willkürlich zusammengesetzt sind, in ihren Lebenschancen benachteiligt werden, sich selbst nicht als gleichwertigen Teil der Gesellschaft verstehen und auch von anderen nicht als solcher gesehen werden. Das ist auch für die Kinder in den Regelklassen problematisch, denn nur wer ein differenziertes Bild der Gesellschaft hat, kann in Zukunft gute Entscheidungen für eine vielfältige Gesellschaft treffen.

Der Hauptgrund für die kritische Einschätzung der inklusiven Schule liegt heute sicher in den grossen Herausforderungen, die sich unseren Schulen und allen daran Beteiligten stellen. Was es für die weitere Verwirklichung einer inklusiven Schule nun braucht, ist die Unterstützung dafür aus der gesamten Gesellschaft über die direkt Betroffenen hinaus.

Es muss ein Rahmen geschaffen werden, der weitere Entwicklungen zulässt und fördert, die über die sehr erfolgreichen Ideen und Konzepte aus den vergangenen 200 Jahren hinausgehen. Insbesondere die Tendenz, stets möglichst homogene Lerngruppen bilden zu wollen, läuft den Herausforderungen der Gegenwart zuwider und führt in eine Sackgasse.

In der Schule der Zukunft soll mit Freude und Motivation in einem Klima gegenseitigen Respekts gemeinsam gelernt und Leistung erbracht werden, damit alle in die Lage kommen, miteinander ihren Beitrag zu demokratisch legitimierten Entwicklungen und Lösungen zu leisten.

Christoph Suter ist Leiter des Instituts für Professionalisierung und Systementwicklung an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich.

«Inklusive Schule und die Demokratie»

NZZ, 29. September 2023, Meinung & Debatte, Leserbrief von Max Knöpfel und Eliane Perret

Mit seinen Ausführungen zu einer inklusiven Schule, die alle Kinder und Jugendlichen in Regelklassen zu integrieren hat, neigt Christoph Suter in seinem Gastkommentar zu Übertreibungen und Schwarzmalereien, was die Existenz und die Auswirkung von Förderklassen angeht (NZZ 22. 9. 23). Kinder und Jugendliche, die ausserhalb von Regelklassen unterrichtet werden, sind gemäss seinen Worten dem Risiko eines verminderten Selbstwertgefühls sowie geringeren Chancen im späteren Berufsleben ausgesetzt. Worauf diese Einschätzungen des Leiters des Instituts für Professionalisierung und Systementwicklung an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich konkret basieren, bleibt unklar.



Umso klarer sind jedoch Erfahrungen, die in der Vergangenheit gemacht wurden, als die Zahl der Kleinklassen etwa im Kanton Zürich noch weit grösser war, als dies leider heute der Fall ist. Es waren durchwegs heilpädagogisch ausgebildete und entsprechend kompetente und engagierte Lehrer, die in erheblichem Masse dafür mitverantwortlich waren, dass sehr viele Jugendliche im Anschluss an ihre Kleinklassen-Schulzeit einen guten und erfolgreichen Weg in der Arbeits- und Berufswelt einschlagen konnten.

Deshalb ist die jüngst angekündigte Lancierung einer Förderklassen-Volksinitiative nur zu begrüßen. Denn damit soll es jeder einzelnen Gemeinde künftig wieder einfacher möglich sein, die Struktur ihrer Schule so zu gestalten, wie sie es für ihre kommunalen Verhältnisse als richtig und angebracht erachtet. Eine gut zu meisternde Herausforderung sowie ein klares Beispiel von konkret umgesetzter Demokratie.

Max Knöpfel, Pfäffikon (ZH)

Die im Artikel angesprochene Idee der Integration aller Kinder in die Regelklassen ist grundsätzlich richtig. Nur wird sie durch die aktuell gegebenen pädagogischen Konzepte verhindert.

Durch die heute üblichen individualisierenden Lernmethoden werden die Kinder entsolidarisiert, und es entsteht eine Stimmung des Wettbewerbs ohne soziales Miteinander, wo diejenigen Kinder an den Rand gedrängt und marginalisiert werden, die nicht leichtfüssig durch den Lernstoff eilen.

So lernen die Kinder schon früh, ihre Interessen durchzusetzen und sich in einer Gesellschaft des rücksichtslosen Wettbewerbs zu behaupten. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Eine Schulklasse mit einer derart grossen Spannweite, wie sie durch die Integration gegeben ist, stellt höchste Ansprüche an die Lehrperson. Sie muss die Kinder in einem gemeinsamen Lernprozess sorgfältig anleiten können und eine Klassengemeinschaft schaffen, in die alle Kinder eingebunden sind. Nur so lernen sie ein freundschaftliches Miteinander und die nötige Feinfühligkeit in der Begegnung mit den Mitmenschen. Dann könnte die Schulklasse tatsächlich zu einem Modell für ein demokratisches Zusammenleben werden.

Die heutige Ausbildung der Lehrpersonen geht aber in eine andere Richtung. Sie werden ausgebildet in Classroom-Management und lernen, die Kinder zu coachen, den Lernprozess zu moderieren und Lernangebote bereitzustellen. Da ist Integration zum Scheitern verurteilt und ein Vergleich mit Demokratie platt.

Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin, Volketswil

Wiedereinführung von Kleinklassen

NZZ, 25. September 2023, Meinung & Debatte, Leserbrief

Endlich wird nach Basel auch in Zürich eine Initiative für die Wiedereinführung von Kleinklassen lanciert («Das heutige System schafft Probleme für alle», NZZ 20. 9. 23). Das ist sehr zu begrüßen, denn die Kritik am heutigen Zustand wird immer grösser.

Pikant an diesen Vorstössen ist, dass man in Zürich meinen könnte, die Sache sei ein Anliegen von Mitte-rechts, während in Basel die Linke als treibende Kraft fungiert. Nichts zeigt doch schöner, dass es hier um parteiunabhängige Probleme geht.

Auch eine in Zürich erfolgte Umfrage hätte ohne etliche linke Befürworter nicht ein klares, positives Ergebnis gezeitigt, und in Basel dürften wohl umgekehrt bürgerliche Kräfte die Richtigkeit der linken Initiative ebenfalls nicht bestreiten.



Und was die Finanzen anbelangt: bitte den Teufel nicht an die Wand malen. Die Initianten in Zürich hoffen, Förderklassen möglichst ohne zusätzliche Belastungen, sondern mittels gewisser Umlagerungen führen zu können. Das ist löblich.

Aber wenn man daran denkt, wie viele Millionen in andern Sparten bei fehlendem bis magerem Gegenwert zum Fenster hinausgeworfen werden, so wäre es geradezu peinlich, hier jeden Franken umzudrehen. Das Frühfranzösisch lässt grüssen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

«Die inklusive Schule ist ein Menschenrecht»

Nebelspalter, 28. September 2023, Daniel Wahl

Behindertenorganisation wehrt sich

Raphaël de Riedmatten, Geschäftsleiter von agile.ch – die Organisationen von Menschen mit Behinderungen, plädiert für ein inklusives Schulangebot und wehrt sich gegen die Ausgrenzung von Kindern mit Behinderungen in segregativen Bildungseinrichtungen, wie Klein- und Förderklassen oder Sonderschulen. Darum kritisiert er auch den Nebelspalter-Artikel, «Wie das SRF die Wahrnehmung zur Sonderschule beeinflusst», der die integrative Schule infrage stellt.

Raphaël de Riedmatten, inzwischen erkennen immer mehr Pädagogen und Eltern, dass die integrative Schule unser System überfordert und alle benachteiligt, weil sie nicht ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden können. Trotzdem wehren Sie sich gegen Kleinklassen, Förderklassen und Sonderschulen. Warum?

Raphaël de Riedmatten: Zuerst muss einmal festgehalten werden, dass die Kantone die inklusive Schule noch nicht auf diese Weise umgesetzt haben, wie sich die Schweiz dazu verpflichtet hat. Es gibt immer noch viele segregative Bildungseinrichtungen. Und das, obschon gute Beispiele – auch in der Schweiz – zeigen, dass die inklusive Schule funktioniert und alle Kinder gemeinsam bestens gefördert werden könnten. Das Problem ist, dass das Verständnis der Gesellschaft von Schule immer noch aus dem vorletzten Jahrhundert geprägt ist: Kinder, die nicht den Normen entsprechen, parkieren wir in Sonderschulen und separativen Einrichtungen. Es hat sich ein Sonderschul-System entwickelt, das zum Teil an überholten Konzepten festhält. Der pensionierte Sonderschulpädagoge Ricardo Bonfranchi, der sich bei «Nebelspalter» äussern durfte, ist ein Vertreter jener Schulnostalgie, die es nicht mehr geben dürfte.

Moment, jetzt reden Sie die Sonderschulen schlecht, die professioneller und viel zielgerichteter behinderte Kinder betreuen können, als dies die Regelschule machen kann.

Sie müssen mich nicht falsch verstehen. Ich kritisiere nicht die Qualität und Professionalität der Pädagoginnen und Pädagogen an den Sonderschulen. Ich kritisiere, dass Kinder mit Behinderungen im falschen Setting sind – in Sonderklassen und vor allem in Bildungseinrichtungen, die sie ausgrenzen. Der Schulweg zu solchen Einrichtungen dauert für die Kinder manchmal über eine Stunde. Das ist Ausgrenzung, das ist abwertend für Kinder, die doch in der Wohngemeinde in einer integrativen Schule eine Chance hätten.

Wie kommen Sie dazu, zu behaupten, dass die Schweiz sich verpflichtet hat, keine separativen Angebote mehr zu führen und alle Kinder inklusiv unterrichten zu müssen?

Die Schweiz hat die UNO-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und sich damit verpflichtet, eine inklusive Bildung zu garantieren. Eine inklusive Schule ist ein Menschenrecht. Die Schweiz, eines der reichsten Länder der Welt, hätte die Mittel dazu, eine solche Schule umzusetzen, die unter anderem über einen Transfer von Ressourcen aus den Sonderschulen umfassend sollte.



Sie interpretieren den Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention falsch, nämlich so, dass alle Kinder im selben Raum unterrichtet werden müssen. «An inclusive education system at all levels» bedeutet aber, behinderte Menschen sollen auf allen Stufen Zugang zur Bildung haben – sie sollen Kindergartenunterricht bekommen wie auch Primarschulunterricht und auch die Sekundarstufe besuchen können.

Nein, ich übersetze das nicht falsch. Sie haben sich die Argumentation von Sonderpädagogen wie Riccardo Bonfranchi zueigen gemacht. Bei der Verabschiedung der Konvention ist es um den Grundsatz der Sozialisierung gegangen, dass man Behinderte nicht ausgrenzt. Im Gegenteil, die Behindertenrechtskonvention fordert in Artikel 24 klar ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen, das Menschen mit Behinderungen nicht ausgrenzt und ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen soll. Was «inklusiv» im Sinne von Artikel 24 der Konvention bedeutet, kann im offiziellen Kommentar zum Recht auf inklusive Bildung des UNO-Ausschusses nachgelesen werden. Ich kenne unzählige Beispiele von Menschen, die an Sonderschulen geschickt wurden und dadurch nie eine Chance erhalten haben, sich beruflich einzugliedern.

«Ich kenne unzählige Beispiele von Menschen, die an Sonderschulen geschickt wurden und dadurch nie eine Chance erhalten haben, sich beruflich einzugliedern.»

Sind Sie der Überzeugung, dass deren Eingliederung erfolgreicher gewesen wäre, wenn sie die Regelklasse besucht hätten?

Ja. Ich kenne verschiedene Menschen mit Behinderungen, die sich dank der Unterstützung von Familie und progressivem Lehrpersonal erfolgreich dagegen gewehrt haben, in eine Sonderschule geschickt zu werden. Ich spreche von Menschen mit Hochschulabschluss, die schon eine erfolgreiche Karriere hinter sich haben.

Die Absicht bei der Verabschiedung der UNO-Konvention war, die Situation für Behinderte in Entwicklungsländern zu verbessern, die überhaupt keinen Zugang zum Schulsystem hatten, nicht die...

Da muss ich unterbrechen. Die Schweiz hat alle Mittel, die inklusive Schule umzusetzen. Es handelt sich um eine falsche Interpretation, wie Sie es formulieren. Sie rührt daher, weil man hierzulande das Gefühl hatte, die Schweiz hätte das beste Bildungssystem und eine Vorreiterrolle. Im Vergleich mit anderen Ländern hinken wir aber hinterher; wir haben noch immer viele segregative Einrichtungen. Das muss geändert und als eine Bereicherung der ganzen Gesellschaft betrachtet werden. Es geht um einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Menschen mit Behinderungen.

Lobbyarbeit vom Bund finanziert

Die Behindertenorganisation agile.ch hat die Petition der Dachorganisation «Inclusion Handicap» mit dem Namen «Lasst nicht hängen: Ratifikation BRK-Zusatzprotokoll, JETZT!» unterstützt und beworben. Diese Petition fordert, dass mögliche Verletzungen der Uno-Behindertenrechtskonvention nicht abschliessend vom Bundesgericht beurteilt werden, sondern vor dem Uno-Ausschuss geltend gemacht werden können. Bezahlt wird diese Lobbyarbeit und die an den Bund gerichtete Petition hauptsächlich vom Bund selber. Agile finanziert sich nämlich zu über 80 Prozent von der öffentlichen Hand: 769'000 Franken fliessen ihr vom Bundesamt für Sozialversicherung zu. Deren Mitgliederbeiträge belaufen sich auf rund 61'000 Franken.

Sie wollen also Behinderte in Schulen schicken, in denen das Lehrpersonal gar nicht für alle Varianten von Behinderungen ausgebildet werden kann?



Zuerst: Man sagt nicht Behinderte, sondern Menschen mit Behinderungen. Sonst reduzieren Sie Menschen auf ihre Behinderungen. Und dann: Es geht darum, die Rolle der Sonderpädagogik umzudenken und sie ins reguläre Schulsystem zu integrieren. Es gibt in der Schweiz Beispiele von öffentlichen und privaten Schulen, die die Inklusion schaffen.

Für Blinde ist es doch gerade absurd, in eine Schule gehen zu müssen, in der die Lehrerin die Brailleschrift nicht kann. Für Gehörlose ist es eine Plage in die Schule gehen zu müssen, in der sie mit niemandem sprechen können, weil weder der Lehrer noch das Schulkameräddli die Gebärdensprache können.

Es ist absurd zu denken, dass Menschen mit Sehbehinderungen auf die Brailleschrift-Kenntnisse einer Lehrerin angewiesen sind. Wir sind in 2023 und mit der Digitalisierung gibt sehr gute Applikationen und Hilfsmittel, die eine reibungslose Kommunikation ermöglichen. Die Folge der segregativen Ausbildung von hörbehinderten Menschen ist, dass diese Gruppe noch immer um Anerkennung der Gebärdensprache kämpfen muss. Es ist kein Problem, eine Dolmetscherin in der Schule zu engagieren. Zudem hat die Regelschule viele Aktivitäten im Schulprogramm, die man mit Kindern mit Behinderungen gemeinsam umsetzen kann.

Kommentare

Silvio Soldat

Offenbar hat dieser Mann keine Vorstellung davon, wie es in den Volksschulen zu und her geht. Natürlich ist es in gewissen Klassen möglich, Kinder mit einer Behinderung zu integrieren. Das zählt aber lediglich für eine Minderheit. Zudem sind Kinder mit einer Behinderung nicht das Problem, sondern die Masse an Verhaltensauffälligen.

Reinhard Kaufmann

Meine Partnerin ist Heilpädagogin i.R. Sie meint, dass dieser Mann wenig bis keine Ahnung hat. Warum stehen bereits wieder Kleinklassen zur Diskussion? Warum wurden Kleinklassen überhaupt abgeschafft?

Frank Z. Marg

Er denkt nur an die Behinderten, mit denen hat er Empathie ohne Ende. An all die normalen Kinder und an die Lehrer denkt er nicht. Dafür hat er keine Empathie. Dieser Typ ist ein linksakademischer Schwurpler. Ein gefährlicher Utopist, der die Gesellschaft neurotisiert und dysfunktional macht mit seinen "Werten".

Tim Meier

Der Mann träumt, u.a. von der gehypten "Digitalisierung", die für alles und jedes hinhalten muss. Dass in einer Klasse Blinde, Asylsuchende, Querulanten und "Normale" gleichzeitig unterrichtet werden können, ist schlicht nicht machbar. Ausser, wenn jede Schule zu einer Sonderschule mit dem x-Fachen an Personal umgebaut wird.

Housi Abaecherli

"Zuerst: Man sagt nicht Behinderte, sondern Menschen mit Behinderungen."

Wer so argumentiert, hat im Prinzip schon alles gesagt.

Christian Zuber

Nur weil es eine Konvention gibt, heisst das noch lange nicht, dass es in der Realität so laufen kann. Die Entwicklungsfähigkeiten auf einen bestimmten Bildungsweg einzuschränken ist unmenschlich, da gerade Menschen mit einer Behinderung mit vielfältigen Problemen zu kämpfen haben. Dadurch nimmt man ihnen sogar Teile ihrer Bildungsmöglichkeiten. Es muss immer differenziert betrachtet werden, welches Kind in welchem Bildungsweg am Besten gefördert werden kann. Und es darf nie dazu kommen, dass Kinder zur Durchsetzung politischer Interessen (Akzeptanz der Gebärdensprache) missbraucht werden.



Mehr Feder und Bleistift statt Tablet

ORF.at, News, <https://orf.at/stories/3330743/>, 12. September 2023

Schwedens Schulen. Finnland, Norwegen und Schweden gelten vielfach als Pioniere in Sachen Schulbildung. Sie waren auch bei den Ersten, die mit digitalem Unterricht etwa mit Tablets schon in der Volksschule oder davor begannen. Unter der Mitte-rechts-Regierung macht Schweden nun eine deutliche Kurskorrektur.

Ob, wie und in welchem Ausmaß Unterricht mit Hilfe digitaler Geräte stattfinden soll, das ist ein in vielen Ländern der Welt heiß umstrittenes Thema – erst recht, wenn es um die Volksschule geht. Mit dem jüngsten Start ins neue Schuljahr findet der Unterricht in den schwedischen Volksschulklassen nun wieder vermehrt mit gedruckten Büchern, Handschreiben und stillem Lesen statt.

Weniger Zeit verbringen die Kinder dagegen an Tablets oder vor Computern, wo sie eigenständig im Internet Antworten auf Fragen suchen und mit dem Tippen auf Tastatur oder Tablet.

Ministerin: „Schüler brauchen mehr Schulbücher“

Ihre Pläne, die nationale Digitalisierungsstrategie an den Schulen zurückzufahren, hatte die konservative Bildungsministerin Lotta Edholm, die letzten Herbst ihr Amt antrat, bereits im Mai angekündigt. Und bereits im März sagte sie, Schwedens Schüler „brauchen mehr Schulbücher“. Physische Bücher seien wichtig fürs Lernen, so Edholm. In Kindergarten und Vorschule soll digitales Lernen nun ganz verboten werden.

Beim Lesen leicht zurückgefallen

Beim letzten internationalen Lesekompetenztest PIRLS (2021) hatten schwedische Volksschülerinnen und Volksschüler schlechter abgeschnitten als Kinder fünf Jahre davor: Konkret erreichten sie „nur“ 544 Punkte und damit elf Punkte weniger als 2016. Allerdings ist es ein Rückgang auf hohem Niveau. Denn Schweden landete – gleichauf mit Taiwan – auf Platz sieben. In Österreich erreichten die Schülerinnen und Schüler bei der heuer im Frühjahr präsentierten Auswertung 530 Punkte, 2016 waren es noch 541 gewesen.

PIRLS: Weltweiter Lesetest

Für PIRLS werden Kinder der vierten Klasse Volksschule im Lesen getestet. Bei der im Fünfjahresrhythmus durchgeführten Studie nahmen 2021 knapp 60 Länder teil. Im Rahmen der insgesamt 80-minütigen Erhebung erhielten die Kinder Texte, zu denen Fragen beantwortet werden mussten.

Karolinska-Institut für „Analogisierung“

So wie in anderen Ländern dürfte sich auch in Schweden die Pandemie ausgewirkt haben und die steigende Zahl von Schülern mit Migrationshintergrund. Doch das angesehene Karolinska-Institut, eine Medizinuni mit starkem Forschungsschwerpunkt, sprach sich zuletzt ebenfalls für eine „Analogisierung“ aus.

Es betonte letzten Monat, digitale Geräte würden „das Lernen der Schüler eher einschränken statt fördern“ und sprach von „klarer wissenschaftlicher Evidenz“. Wissensaneignung solle daher besser durch gedruckte Schulbücher und die Expertise der Lehrerinnen und Lehrer erfolgen, „statt vor allem durch frei zugängliche digitale Quellen, die nicht genau auf ihre Richtigkeit überprüft wurden“.

Warnung vor einfachen Lösungen

Der australische Soziologe Neil Selwyn, Experte für den Einsatz digitaler Medien im Bildungsbereich, verwies dagegen bereits nach Edholms Ankündigung im Mai darauf, dass die Forschung nicht eine einfache und eindeutige Antwort darauf habe, ob der Einsatz digitaler Lehrmittel mehr Vor- oder Nachteile bringt.

Wie digitale Technologien „am besten in unseren Schulen eingesetzt werden können, ist ein komplexes Thema, das unsere fortwährende Aufmerksamkeit erfordert“, so Selwyns Überzeugung. Die



Neigung der Politik, einfache Lösungen anzubieten und die „spürbare Begeisterung konservativer Politiker, das Aus für digitale Technologien im Unterricht zu fordern“, seien bei einem solch komplexen Themas nicht hilfreich. Für diese sei es ein „eleganter Weg, zu signalisieren, dass sie sich für traditionelle Werte einsetzen“.

Österreich holt nach

In Österreich ist Bildungspolitik seit jeher ein zwischen Parteien ideologisch und zwischen Bund und Ländern machtpolitisch umkämpftes Gebiet. Es liegt bei der Digitalisierung des Unterrichts weit hinter Pionieren wie Schweden. Während der Pandemie kam es zu einem Schub beim Einsatz digitaler Geräte zwecks Distanzunterrichts. Im Vorjahr wurde in der Sekundarstufe I „digitale Grundbildung“ als neues Pflichtfach mit mindestens einer Stunde pro Woche eingeführt.

Die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets wird zudem stufenweise ausgebaut, sofern die Schule sich dafür bewirbt. In der Volksschule ist die Verwendung von Tablets durch Schülerinnen und Schüler noch nicht weit verbreitet. In vielen Fällen gibt es einen Computerraum, im Unterricht sollen zumindest erste Kompetenzen vermittelt werden.

Entscheidend bleiben wohl Lehrkräfte

Das Thema ist nicht nur wegen der Emotionen, die es häufig weckt, gesellschaftspolitisch „heiß“. Dazu kommt, dass unter dem Schlagwort digitaler Unterricht eine große Bandbreite an Zielen und Fertigkeiten verhandelt, aber oft nicht unterschieden wird: Von der Hilfestellung beim Schreiben- und Lesenlernen über den kritischen Umgang mit Inhalten im Netz bis hin zum eigenständigen Programmieren reicht hier die Palette. Und es ist wohl keine gewagte Prognose: Ob Tablet oder nicht, entscheidend sind und bleiben gute und engagierte Lehrerinnen und Lehrer. [Mehr...](#)

Handyverbot an britischen Schulen

Tages-Anzeiger, 3. Oktober 2023, Kehrseite

Manchester Schüler und Schülerinnen sollen keine Handys mehr in die Schule bringen dürfen: Die konservative Regierung kündigte gestern ein Verbot an, um Ablenkungen, Störungen und Mobbing zu verhindern. «Eines der grössten Probleme, mit denen Kinder und Lehrer konfrontiert sind, ist die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von Smartphones», sagte Bildungsministerin Gillian Keegan auf dem Jahrestreffen der Konservativen Partei (Tories). (SDA)

Die Schule braucht eine digitale Verzichtskultur

NZZ, 28. September 2023, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Christian Montag und Klaus Zierer

Es gibt viele gute Argumente für und gegen die Zulassung von Smartphones an den Schulen. Entscheidend für Einschränkungen sind Lebensphase und Lernmoment.

Nach der Veröffentlichung des Unesco Global Education Monitoring Report 2023 wird wieder einmal darüber diskutiert, ob ein Smartphone-Verbot an Schulen sinnvoll ist. Sowohl die empirische Datenlage als auch die pädagogischen Gründe erfordern eine differenzierte Sichtweise. Denn ob Pro oder Contra, es gibt in der Debatte gewichtige widersprechende Argumente hier wie da.

Auf der einen Seite wenden Gegner eines Smartphone-Verbotes ein, dass die Lebenswelt der Kinder digital sei und es allein schon deswegen sinnvoll sei, Smartphones in Schulen zuzulassen. Ebenso wird ins Feld geführt, die Kommunikation zwischen Eltern und Kindern durch ein Verbot



einzuschränken, sei ein Eingriff in die Freiheitsrechte. Und schliesslich wird argumentiert, dass ein Smartphone-Verbot organisatorisch gar nicht umsetzbar sei, weil es dauernd kontrolliert und geahndet werden müsse.

Auf der anderen Seite zitieren Befürworter eines Smartphone-Verbotestudien, wonach das Ablenkungspotenzial immens sei und auf längere Sicht hin zu Lernverlusten führe. Auch wird betont, dass durch eine Abwesenheit von Smartphones mehr miteinander gesprochen, gespielt und interagiert würde. Und hinzu kommen Argumente, welche die Gesundheit der Kinder im Blick haben: Handy- und WLAN-Strahlung sei nicht zu unterschätzen.

Das Aufrechnen der Argumente könnte noch vielfach weitergeführt werden. Die Wahrheit liegt wie so oft zwischen den Extremen, und sie lässt sich mithilfe von zwei Grundperspektiven pädagogischen Denkens und Handelns finden.

Erstens, der Blick auf das Kind. Je jünger das Kind ist, desto mehr stört das Smartphone. Für Kinder steht das sinnliche und spielerische Entdecken der Welt im Vordergrund. Die Welt des Kindes ist zunächst und vor allem eine analoge. Empirische Studien zum Schreiben und Lesen geben dem Analogen den Vorzug vor dem Digitalen. Zudem ist erwiesen, dass für den Umgang mit Smartphones Selbstkontrolle und Selbstregulation nötig sind.

Es ist primär der präfrontale Kortex, der diese Aufgabe übernimmt. Seine vollständige Ausbildung ist in der Regel erst im frühen Erwachsenenalter abgeschlossen. Auf dem Weg dorthin finden viele Umbildungsprozesse im Gehirn statt. Insofern ist wichtig, dass der Umgang mit Smartphones erlernt wird.

Zu glauben, dass Menschen, nur weil sie mit Technik gross werden, diese auch so bedienen können, dass sie ihnen dient, ist ein weitverbreiteter Irrglaube. Mit Blick auf das Alter der jungen Menschen existiert jedenfalls eine Lebensphase, die ein Smartphone-Verbot rechtfertigt.

Wir halten es für falsch, dass Kinder im Grundschulalter ein eigenes Smartphone besitzen. Das bedeutet nicht, dass Kinder gar keinen Zugang zum Familien-Tablet oder zum Smartphone der Eltern haben, sondern dass dieser reguliert, kontrolliert und begleitet ist. Ab der Sekundarstufe wird es wichtiger, durch einen kritischen Umgang mit Smartphones die eigene Selbstkontrolle zu entwickeln und damit Medienmündigkeit aufzubauen. Aber selbst dann sind aus sozialen Gründen Verbote in den Mensen und auch in den Pausen sinnvoll.

Zweitens, der Blick auf das Ziel: Schulen verfolgen das Ziel, junge Menschen auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen vorzubereiten. Ohne Zweifel zählt Digitalisierung dazu, aber das klärt noch nicht die Frage, wie viele digitale Medien deshalb in der Schule Platz finden sollten.

Von Johann Friedrich Herbart stammt die Zuspitzung, dass die Schule für eine Erweiterung des Gedankenkreises sorgen muss. Wenn Studien heute zeigen, dass Jugendliche bis zu neun Stunden täglich ausserschulisch digitale Medien konsumieren, dann bedeutet das, nicht noch zusätzliche Lernzeit mit digitalen Spielereien zu vergeuden.

Stattdessen ist ein Raus in die Natur, Spiel und Sport in der Mannschaft, handgemachte Musik und Kunst, Diskussionen und Theater, Handwerk und Gartenarbeit wichtiger denn je. Nicht wenige Kindern sind zwar im Wischen und Tippen regelrechte Könner, viele sind aber nicht mehr in der Lage, tausend Meter zu laufen oder hundert Meter zu schwimmen.

Eine Erweiterung des Gedankenkreises im Umgang mit digitalen Medien findet zudem statt, wenn sie Lernende in einer neuen Art nutzen: zur Recherche, zur Produktion, um zu hinterfragen, was im Internet Sein, Schein oder Möglichkeit ist.

Für all das bedarf es aber keines eigenen Smartphones. In Anbetracht des fortwährenden Ablenkungspotenzials spricht vieles für Schulgeräte. Diese sollten nicht von Lehrpersonen gewartet werden müssen, die gerade in Zeiten des Lehrermangels Besseres zu tun haben, sondern von IT-Fachleuten.

Es wäre wünschenswert, wenn der Smartphone-Gebrauch in schulischen Vorschriften klar und verbindlich für alle geregelt würde und dann schulspezifisch konkretisiert werden könnte. Das wäre



der erste Schritt in Richtung einer digitalen Schuluniform. Der zweite Schritt könnte die Organisation von digitalen Schulgeräten für alle sein, bei gleichzeitigem Verbot des Gebrauchs privater Endgeräte auf dem Schulgelände. Die Effekte dieses klugen Verzichts auf das soziale Miteinander werden immens sein.

Christian Montag ist Professor für Molekulare Psychologie an der Universität Ulm und Digital-Experte. **Klaus Zierer** ist Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg.

Veranstaltungshinweise

Die Lehrerin, der Lehrer – Zentraler Faktor eines erfolgreichen Unterrichts

Starke Volksschule Zürich, 6. November 2023, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Referent

Allan Guggenbühl

Ort und Datum

Montag, 6. November 2023, 19 Uhr

Glockenhof

Sihlstrasse 33

8021 Zürich

[Mehr...](#)



Die Lehrerin, der Lehrer – Zentraler Faktor eines erfolgreichen Unterrichts

Einladung zu einem Vortragsabend mit Diskussion

Montag, 6. November 2023, 19.00 Uhr
Glockenhof, Sihlstrasse 33, 8021 Zürich

Referent: Allan Guggenbühl

«Im Schulzimmer dieser sechsten Klasse herrscht ein emsiges Treiben. Die Schüler gruppieren sich um Pulte, sitzen auf dem Fenstersims oder lümmeln im Gang. Abwechslungsweise wenden sie sich Computern zu, flüstern, surfen, drucken auf Papier aus oder blättern in Arbeitsheften. Immer wieder starren sie auf ein Blatt, auf dem Anweisungen stehen. Hie und da kritzeln oder notieren sie etwas. Es geht um selbsttätiges Lernen. Die Kinder definieren individuelle Lernziele und entscheiden sich über die Arbeitsweise. Der Lernprozess wird gemäss Vorgaben schriftlich fixiert. Die Lehrperson amtiert als Coach; hält Beobachtungen schriftlich fest, gibt Ratschläge. Nach drei Tagen spreche ich mit zwei Knaben dieser Klasse und will wissen, was sie gemacht haben. «Blätter ausfüllen, Strichli, Strichli machen, meinen Spitzer habe ich verloren, das Thema? Keine Ahnung! » (Allan Guggenbühl).



Der bekannte Pädagoge Allan Guggenbühl wird uns am 6. November Anteil nehmen lassen an seinem reichen Erfahrungsschatz zur Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit für einen gelingenden Unterricht.



Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Starke Volksschule St. Gallen, 16. November 2023, 19 Uhr

Doppelvortrag und Diskussion

Referenten

Mario Andreotti

Hanspeter Amstutz

Ort und Datum

Donnerstag, 16. Nov. 2023, 19 Uhr

Schulhaus St. Leonhard,

Vadianstrasse 49

9000 St. Gallen

[Mehr...](#)

Geschichte – ein Schulfach unter Druck
Doppelvortrag und Diskussion
Mario Andreotti
Hanspeter Amstutz

Der Unterricht in Geschichte kommt in der Schule zu kurz. Ohne verbindliches Bildungsprogramm, mit reduzierter Lektionenzahl und verwässert im Sammelbuchen «Zeiten, Räume, Gesellschaften», fehlt dem Fach ein eigenes Profil. Dabei ist historisches Wissen, gerade für junge Menschen, von grösster Bedeutung.

- Warum ist das so, warum sollen wir uns mit der Vergangenheit befassen? (MA)*
- Wie wird Geschichtsunterricht für Jugendliche auch im Rahmen des neuen Lehrplans spannend und wie kann man politisches Interesse wecken? (HA)**
- Bringt das Reformprojekt «Gymnasium der Zukunft» für das Fach Geschichte eine Verbesserung oder gar eine Verschlechterung? (MA)*
- Welche Zukunft hat Geschichte innerhalb der Bildungspolitik? (HA)**

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte sind zu diesem Doppelvortrag herzlich eingeladen.

Donnerstag, 16. November 2023, 19.00 Uhr
im Schulhaus St. Leonhard, Vadianstr. 49, St. Gallen
(5 Gehminuten vom Bahnhof, Eingang zur Aula nur über Davidstrasse)

* Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer, heute Dozent für Neuere deutsche Literatur, gilt als profunder Kenner der schweizerischen Bildungslandschaft. In seinem vielbesprochenen Buch «Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache» (Verlag Form+Ost) und in mehreren Zeitungsbeiträgen hat er die Abwertung der Geschichte an unseren Schulen kritisch hinterfragt. (MA)

** Hanspeter Amstutz, ehemaliger Sekundarlehrer, hat mit einem narrativen Zugang Jugendliche für Geschichte und politische Fragen begeistert können. Seine Erfahrungen gibt er heute weiter bei Fortbildungstagen an Pädagogischen Hochschulen und schulinternen Kursen. Politisch war er mit dem Schwerpunkt Bildung 16 Jahre aktiv im Zürcher Kantonsrat und war danach Volksschulvertreter im Bildungsrat. (HA)

sekretariat@starkevolksschulezh.ch www.starkevolksschulezh.ch

Welche Schule brauchen wir

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft, Mittwoch, 29. Nov. 2023, 18.30 – 20.30

Referenten

Prof. Dr. phil. Horst Biedermann (Rektor Pädagogische Hochschule St. Gallen)

Prof. Dr. phil. Carl Bossard (ehem. Rektor Pädagogische Hochschule Zug)

Ort und Datum

Mittwoch, 29. Nov. 2023, 18.30 – 20.30

OST – Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof)

9000 St. Gallen

Grosser Plenarsaal, Parterre

VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Welche Schule brauchen wir?
MITTWOCH, 29. NOVEMBER 2023, 18.30 – 20.30 UHR

 Verein Ostschweizer Kinderärzte

 OSTSCHWEIZER KINDERSPITAL